

Selbstwählten gewordenen Wahlberechtigkeit das Ziel jeder Wahlrechtsregelung sein muß, erfordert im Gegenteil eine Einschränkung dieser Tendenzen, die zweitens in einem Minderheitswahlrecht nach Art des Reichstagswahlrechts der Vorriegszeit eher erreicht wird. Gehen bei dem freieren Wahlrecht schon die Stichwahlen auch den Minderheitsparteien in Gestalt von Wahlbündnissen Gelegenheit, ihre Interessen durchzusetzen, so könnte man vielleicht durch eine Verteilung von weiteren Reichstagsplätzen nach Maßgabe ihrer Stimmabzüge die Minderheitsparteien noch besonders berücksichtigen. Kein Staat aber kann es auf die Dauer vertragen, daß man das Prinzip der Gerechtigkeit über die politischen Notwendigkeiten stellt.

An einer klaren Stellungnahme gegenüber dieser grundsätzlichen Frage gehen jedoch die Wahlreformpläne der Reichsregierung ebenso vorbei, wie sich die Regierung auch scheut, dem abgewickeltesten System der Parteienkennung völlig den Rücken zu machen. Das ist vielleicht nicht zu verwundern, da sämtliche Regierungsparteien zu den kleinen Parteien zu rechnen sind, die an der Verhältniswahl stark interessiert sind. Immerhin soll wenigstens in das Vierstimmensystem eine Preise geschlagen werden; und das ist zweitens ein Vorteil. Heute sind die Abgeordneten durchaus nicht mehr Vertrauensleute ihrer Wähler, sondern in Wirklichkeit Parteifunktionäre, die rein nach Parteiwechselmöglichkeiten auf den Listen eingerichtet. Die Verstärkung der einzelnen Berufsarten und Interessenvertreter macht dabei die Parteien mehr zu Interessen- als zu politischen Vereinigungen. Gegenüber dieser verhängnisvollen Praxis ist die geplante Teilung der lebigen Wahlkreise in kleine Stimmkreise von etwa 25000 Wählern, in denen jede Partei nur einen Kandidaten nominiert, gewiß ein nicht zu unterschätzender Fortschritt. Die innigere Verbundenheit des gewählten Abgeordneten mit seinen Wählern aber, die das weitere Ziel der Regierungspläne ist, wird schon deswegen nicht erreicht, weil in diesen kleinen Stimmkreisen nur in den seltenen Fällen ein Abgeordneter die für ein Mandat notwendigen 60 bis 70000 Stimmen erreichen wird. Man stelle sich nur vor, daß eine siebzigerprozentige Wahlbeteiligung in einem solchen Stimmkreis nur 175000 Wähler an die Urne führt. Ganze Parteien werden unter diesen Umständen in seinem einzigen der kleinen Stimmkreise die erforderliche Stimmenzahl erreichen, und selbst die größeren Parteien, denen das hier und da gelingen mag werden in den weltweit meisten Fällen darauf angewiesen sein, ihre Stimmen in dem den jeweils Wahlkreisen entsprechenden „Wahlgebiet“ verteilen und den Kandidaten zuschlagen zu lassen, die in den einzelnen

Wahlkreisen die höchsten Zahlen erreicht haben. Man wird nicht gerade behaupten können, daß dieses System einfach und ungünstig sei. Doch weniger aber wird man davon sprechen können, daß der letztlich gewählte Abgeordnete in einem Vertrauensverhältnis zu seinen Wählern steht, wenn die gesammelten Stimmen dem unbefannten Kandidaten eines anderen Stimmkreises zugute kommen. Es kommt hinzu, daß die Reichstagskabinett als Sammelkabinett aller Reichstagsmen der Wahlgebiete bestehen bleiben und daß sich bei ihrer Aufstellung die Debatten des ganzen Reichstags in konzentrierter Form zeigen werden, da der Kampf der Interessenvertreter um sichere Sitze nur um so heftiger entbrennen dürfte.

Dann aber sind die Reformabsichten der Reichsregierung erschöpft. Ihre Pläne bedenken sich ungelöst mit der vor zwei Jahren eingebrochenen, in der Verfestigung verschwundenen Reformvorlage und bedeuten einen Versuch mit unauglichen Mitteln, bei dem man nicht weiß, ob er die Arbeit lebt, die auf ihn verhofft worden ist. Nicht ein Wort verlautet über die endgültige Befestigung der „Kinderwahl“, die nicht nur ein bedauerlicher Auswuchs der Verteilung und Verteilung der Jugend ist, sondern auch einen revolutionären Ausfluß darstellt, da den Avantgardebrigaden die Belohnung zuerkannt wird. Über öffentliche Angelegenheiten zu entscheiden, während sie an jeder Erledigung einer rechtlichen Anwaltschaft noch die Zustimmung der Eltern oder des Vormundes brauchen, ganz absehn von dem praktischen Erfolg der notwendigen Verminderung der Abgeordneten, die mit der Herauslösung des Wahlalters auf 24 oder 25 Jahre automatisch erreicht würde. Nichts hört man ferner auch von der Preisgabe des Sitzes. Abgeordnet auf Vorrat zu wählen statt in Nachwahlen bei Erledigung traende eines Mandats ein wertvolles Stimmumwandrometer einzuschaffen. Wir brauchen ein Wahlstadium, das ohne Rücksicht auf die Parteien dem Staate ein arbeitsfähiges Parlament und brauchbare Regierungsmöglichkeiten schafft. Und wenn die Regierung anrüstende Änderungen auf diesem Wege nicht für möglich hält, so bedeutet das den Verlust auf den Rücken durch ein verbessertes Wahlrecht dem Parlamentarismus bei uns eine gezielte Form zu geben. Der Kern des Problems verschlägt sich dadurch aus, daß auf die Verfassungsreform mit dem Ziel der Einschränkung des parlamentarischen Absolutismus; denn wenn die Voraussetzung bei der letzten Regierungskrise etwas gelebt haben, wenn es bei uns eine Ansicht gibt, in der die weitesten Kreise des Volkes übereinstimmen, dann ist es die, daß es anders werden muss.

## Zunehmender Pessimismus in Berlin.

### Der Andrang zum Völkerbundsrat.

Berlin, 26. Februar. Die gestrige Rede des polnischen Ministerpräsidenten über den Anspruch Polens auf einen ständigen Platz ist bei der vorstehenden Marzierung des Völkerbundes und auch die Debatte in der französischen Kammer über die Locarno-Verträge haben die Bevölkerung, die man in Berliner politischen und parlamentarischen Kreisen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund hebt, verstärkt. Man weist in Berlin besonders darauf hin, daß der polnische Ministerpräsident bei den finanziellen und politischen Abhängigkeiten Polens von den Weltmächten und von den Vereinigten Staaten nicht in so bestimmter Form die gleichzeitige Zuweisung eines ständigen Platzes für Polen und Deutschland gefordert haben würde, wenn nicht die Ikon seit langem laufenden diplomatischen Verhandlungen zwischen Warschau, Paris und London ihm die nötige Unterstützung ausreichend hätten. In der französischen Kammer ist bei der Debatte über Locarno mit keinem Wort von der vielumstrittenen Gleichberechtigung Deutschlands als Grundlage dieser Verträge gesprochen worden. Die Verträge werden vielmehr als diplomatische Abwehrmaßnahmen Frankreichs gegen eine vereinigte Angriffspolitik Deutschlands behandelt. Da zu kommen die neuesten Nachrichten aus Madrid und London über.

### Ausprüche Spaniens und Chinas.

Wenn der spanische Außenminister wirklich bereit ist für die Märzierung einen ständigen Platz in offizieller Form verlangt haben sollte und wenn die spanische Regierung einen entsprechenden Antrag am 8. März, im Völkerbund stellen sollte, so würde das die Vane wesentlich verschärfen, nicht weil Deutschland nach seinem Eintritt in den Völkerbund gegen einen ständigen Platz für Spanien, das heute schon einen nichtständigen Platz hat, Einspruch erheben würde, sondern weil dadurch die Ansprüche der anderen Mächte einen neuen Grund erhalten würden. Nicht anders sieht es mit dem Anspruch eines ständigen Platzes durch China. Die deutsche Regierung hat in den letzten Tagen immer wieder erklärt, daß, falls in der Märzierung andere Mächte in den Völkerbund mit handinem Sitz aufgenommen würden, man auf eine Teilnahme Deutschlands im Völkerbund verzichten müsse. Die Hoffnung, daß infolgedessen die Ansprüche der anderen Staaten zum mindesten auf den Dezember zurückgestellt würden, scheint sich jedoch nicht zu erfüllen. Die letzten Nachrichten aus Paris, London, Warschau und Madrid beweisen vielmehr, daß der Kampf um die Plätze schon im März beginnen soll. Selbst wenn aber, vielleicht gerade wegen der zahlreichen Ansprüche, der Völkerbundrat in seinen Verhandlungen einen Ausweg nur durch Verzögerung sehen sollte, würde nach Ansicht parlamentarischer Kreise doch in den Befreiungen zwischen Luther, Stresemann, Briand und Chamberlain das Problem so eingehend erörtert werden müssen, daß der Ausgang dieser Verhandlungen noch keineswegs zu übersehen ist.

Die deutsche Regierung wird wahrscheinlich jede weitere offizielle Anerkennung über den Kampf der Mächte unterlassen und die Mitteilungen abwarten, die den Vertretern Deutschlands entweder offiziell vom Völkerbundrat oder informell von den Vertretern der Großmächte in Genf gemacht werden.

### Die Kreditverhandlungen mit Rußland.

#### Schwierigkeiten in der Kreditfrage.

Berlin, 26. Februar. Durch den gestrigen Beschluss des Reichshaushaltsausschusses, für den deutschen Export nach Rußland eine Garantie zu übernehmen, ist diese Möglichkeit zwar vorausgesetzt, aber noch nicht abgeschlossen. Der Schwerpunkt liegt jetzt in den fortgeschrittenen Verhandlungen zwischen den deutschen Großbanken und den Wirtschaftsorganen der Sowjetrepublik. Hierbei hat man in den letzten Tagen über wichtige Punkte noch keine Einigung erreichen können. Die Hauptdifferenz besteht in der Frage der Vergütung des Kredits. Die Russen wollen für einen bis zu fünf Jahren sich erstreckenden Kredit erheblich weniger an Zinsen bewilligen, als gegenwärtig bei ähnlich falligen Darlehen in derartigen Geschäften kosten. Darauf wollen die deutschen Banken nicht eingehen. Im übrigen drohen sich diese Verhandlungen zwischen den Banken und den russischen Handelsvertretungen nur um 100 Millionen Mark, die aber einen Teil der geplanten Kreditsumme von 800 Millionen ausmachen, also im Rahmen des Gesamtkredits liegen sollen. Nehmer des Kredits und Befsteller der deutschen Exportwaren, zu deren Bezahlung er dienen soll, sind die Wirtschaftsorgane der Sowjetregierung, die in Deutschland durch die russische Handelsvertretung vertreten werden. In der Praxis wird es sich hauptsächlich um Einzelabmachungen seitens der Großbanken oder Firmen bzw. seitens in diesem Falle zusammengehender deutscher Banken oder Firmen handeln.

Wie man noch hört, will der russische Hauptunterhändler Stomaniakow voraussichtlich Mitte der nächsten Woche nach Moskau abreisen, um dort über den Verlauf der Ver-

handlungen und die Abschlußmöglichkeiten Bericht zu erstatten. Die endgültige Entscheidung wird russischerseits durch einen Entschluß des Rates der Volkskommissare herbeigeführt werden. In der praktischen Durchführung des Kredits würde durch die neue Stomaniakows nach Moskau keine Veränderung eintreten. Ein großer Teil der Direktoren des russischen Triffs, die an der Kreditaufnahme treuhändig beteiligt seien werden, ist bereits in Berlin eingetroffen und hat auch mit den einschlägigen Banken sowie der deutschen Industrie schon Lieferungsverhandlungen aufgenommen.

**Wiederaufleben der Marokkokämpfe.**

Madrid, 26. Februar. Aus Marokko werden kriegerische Aktionen der spanischen Truppen gemeldet. Spanische Flieger bombardieren heilig Ortschaften und Märkte, während in der französischen Zone die Marokkaner angreifend vorgehen. Die Milizen verstärken ihre Versuche, die jüngst von ihnen abgesetzten Stämme wieder zum Kampfe heranzubringen. In Tanger wurde von der spanischen Polizei ein Einwohner aus Tunis verhaftet, der dem panislamischen Komitee von Tunis als Mitglied angehört und in direkter Verbindung mit Moskau steht. Der Tunecier wollte sich versteckt in die außländische Zone begeben. Wie noch gemeldet wird, hat sich Portugal offiziell dem Tanger-Statut angeschlossen.

Berlin, 26. Februar. Der Kreuzer „Hamburg“ ist am 26. Februar in Funchal eingelaufen. (W.T.B.)

### Die Aufhebung der Weinsteuer gefordert.

Dresden, 26. Februar. Die Industrie- und Handelskammer Koblenz hat an den Reichsfinanzminister, den Reichswirtschaftsminister und den Reichsminister für Erziehung und Bodenwirtschaft Eingaben gerichtet, unter denen unter Hinweis auf die gegenwärtige große Notlage des Weinbaues und des Weinhandels die sofortige Beseitigung der Weinsteuer gefordert wird. Auch die mittelrheinischen Weinbauvereine haben in Eingaben den zuständigen Zielen darüber verfügt. Weiterhin hat auch der Verband der rheinischen Naturweinversteigerer, dem die Vereine der Rheinpfalz, des Rheingauweins, die Trierer Vereine und die Vereine von Baden, Hessen und der Nabe angehören, in seiner in Trier unter dem Vorfaß des dortigen Oberbürgermeisters abgeschlossene Sitzung beschlossen, bei der Reichsregierung die zeitlose und bedingungslose Aufhebung der Weinsteuer dringend zu beantragen.

Eine aus Bernkastel vorliegende Meldung besagt noch, daß auf eine Vorstellung des Landrates von Bernkastel hin, daß auf eine Ausführung eines Kreisabstimmungserfolgte, vom Landwirtschaftsminister die telegraphische Nachricht eintrat, daß die Ausrichtung von Real- und Personalkrediten für die Winzer unmittelbar bevorstehe. Die Kredite sollen durch eine besondere Weinbank als Vermittlungsstelle der Kreditbankenbankhalt zur Verteilung gelangen.

Bernkastel, 26. Februar. Zu den gestrigen Unruhen erfährt Wollfs Westdeutscher Provinzialdienst, daß die Ermittlungen gegen sieben Personen genügend Belastungsmaterial zur Erhebung der Anklage wegen Landfriedensbruches ergaben. Da jeder Blutschwurdacht ausgeschlossen ist, wurden alle aus der Haft entlassen. Heute nachmittag hatte sich aus den benachbarten Moselbörsen eine nach Hundertenzählende Volksmenge eingefunden, die aber mit Leichtigkeit von dem Landratsamt und dem Finanzamt zurückgehalten werden konnte. Ausschreitungen sind nicht mehr vorgetragen. Gegen 5 Uhr abends waren die Ansammlungen zerstreut.

### Schweres Bauunglück in Lohrungen.

Frankfurt a. M., 26. Februar. Die „Frankl. Sta.“ meldet aus Luxemburg: Als eine Anzahl Arbeiter den großen Raum auf der Wisselstraße in Billeray reparieren wollten, fiel der Eisen unter gewaltigem Gewicht um und begrub acht Arbeiter unter den Trümmern, die nur noch als Leichen geborgen werden konnten. Eine Anzahl anderer Arbeiter soll verwundet sein. Die definitive Zahl der Toten steht noch nicht fest.

### Behandlung der Saarfrage ohne Deutschland?

London, 26. Februar. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: In politischen und diplomatischen Kreisen sei man überrascht, daß der erste Punkt der Tagesordnung der Völkerbundsratssitzung sich mit der Errichtung der Vorsitzenden und der Mitglieder der Saarregierungskommission und mit anderen Angelegenheiten des Saargebietes beschäftigt. Da Deutschland schwierlich seinen Platz vor dem zweiten oder dritten Verhandlungstage einzunehmen werde, fragt man sich, welches bei dieser Tagesordnung Deutschland von der Erörterung eines Problems ausgeschlossen werden sollte, das in ganz Deutschland als von vitalem Bedeutung angesehen wird. Der Korrespondent erklärt, die britische Delegation ihr Genuß werde darüber hinaus, daß aus Gerechtigkeit gegenüber Deutschland die Neiholzses die Verhandlungspunkte abgeändert wird.

Am Fuße der Tagesordnung befindet sich ein vielseitiger Anhang, wonach die Frage des in der entmilitarisierten Rheinlandzone einzuführenden Unterstellungsstifts auf eine spätere Völkerbundsratssitzung verlegt werden soll, damit die Frage gründlicher studiert werden kann. Dehner scheint festzustellen, daß in Verbindung mit der vorbereitenden Entwaffnungskonferenz und Rußlands Haltung gegenüber Genf die Schweizer Regierung eine Erklärung abgegeben wird. Der japanische Delegierte Graf Ishii wird den Bericht des Sonderkomitees, das als das „Korfu-Komitee“ bekannt ist, eröffnen. Die kleinen Staaten sind mit den Resultaten dieser Juristenkonferenz nicht sehr einverstanden.

### Unveränderliche Erwerbslosenziffern.

Berlin, 26. Februar. Während der Monat Januar noch ein beträchtliches Anwachsen der Zahl der untertilierten Erwerbslosen gebracht hatte, ist diese Zahl in der ersten Hälfte des Februar im wesentlichen unverändert geblieben. Unveränderlich ist insbesondere die Zahl der männlichen Hauptunterstellungsempfänger mit 1778000. Eine Zunahme, nämlich von 287000 auf 285000, hat bei den weiblichen Hauptunterstellungsempfängern stattgefunden.

Insgesamt betrug die Zahl der Hauptunterstellungsempfänger 2059000 gegen 2001000 am 1. d. M. Unterschied hat sich die Zahl der Haushaltsempfänger innerhalb der Berechtigten Angehörigen von Hauptunterstellungsempfängern von 2861000 auf 2822000 vermindert. Die Entwicklung innerhalb der einzelnen Wirtschaftswege ist noch sehr ungleichmäßig. Unverkennbar hat im Bereichszeitraum, wie alljährlich, der Bedarf nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften eingeschränkt.

### Schwere Beschuldigungen gegen einen Richter.

Berlin, 26. Februar. Die Berliner und Stettiner Kriminalpolizei ist vor kurzem äußerst umfangreiche Vericherungsschreibungen an die Staatsanwaltschaft gestellt, die ein Unterstellungsrichter des Staatsgerichtshofes und zwar ein Landgerichtsrichter, begangen haben soll. Die Ermittlungen der beiden Kriminalpolizeibehörden sind jetzt so weit abgeschlossen, daß die Polizei höchstwahrscheinlich noch im Laufe des heutigen Abends gegen den ungeheuren Landgerichtsrichter vorgehen wird.

Wie eine Berliner Korrespondenz mitzuteilen weiß, handelt es sich um Landgerichtsrichter Jürgens, beim Amtsgericht Charlottenburg, der Anfang dieses Jahres aus Stargard in Pommern hierher versetzt worden war. Jürgens wurde im Juni 1925 während seines Dienstaufenthalts in Kolberg im Hotelzimmer ein tödlichster Einbruch verübt, bei dem nach seiner Angabe wertvolle Schmuckstücke seiner Ehefrau im Werte von 18000 M. geklaut wurden. Jürgens wurde von einer Reiseversicherung der Staatsanwaltschaft verdeckt. Im Spätherbst erfolgte ein zweiter Einbruch in der Stargarder Wohnung des Richters. Da bei dem zweiten Einbruch auch wichtige politische Akten abhanden gekommen waren, hat man die Tat als einen Nachstahl Unsträdaler Kreise, deren Hauptsitz sich Jürgens durch verschiedene Prozesse gegen kommunistische Angeklagte ausgespielt hatte, angesehen. Auch bei diesem zweiten Einbruch bestand eine Versicherungsgesellschaft, die jedoch den Fall der Stettiner Polizei und später der Berliner Kriminalpolizei zur Nachprüfung überließ. Die von einem Staatsanwalt als bevorstehend angekündigte Verhaftung des Landgerichtsrichters ist noch nicht erfolgt.

Eine günstige Einführungsmöglichkeit bietet die neue Doppelabfahrt von „Schau von mit dem schwarzen Kopf“. Sie enthält 2 Meilen, für zweimalige Fahrtwürde ausreichend, und kostet 80 Pf. Die detaillierte Einzelbeschreibung ist auch weiterhin für 20 Pf. erhältlich. Rufen Sie aber in jedem Fall auf die Schutzmarke „Schwarzer Kopf“.

Die  
mitte  
Boc  
det  
die  
star  
die  
stiel  
Ges  
  
Das  
das  
juristi  
erinn  
Deut  
Kris  
Ratifi  
reich  
Minis  
habe  
Tasche  
keinen  
engde  
ein G  
  
Bran  
im Au  
innerc  
heitens  
land  
Baran  
Geme  
den P  
Tisc  
  
Ei  
da  
es in  
kleiner  
Balle  
die M  
in der  
Lrieg  
  
Z  
br  
es  
ge  
  
Et set  
um de  
kleiner  
den r  
Zielset  
dah  
et zum  
Satz  
und „  
Vic h  
  
gelpro  
ih der  
von Br  
gewese  
öffentli  
einen  
Frank  
Klaus  
Waran  
eine T  
sie bre  
Er k  
welch  
müss  
verschi  
Keins  
denn i  
  
Ab  
Satz  
Soll  
marsch  
  
C  
der  
länga  
in Ant  
Rochlo  
nchlo  
Boing  
  
Wa  
und da  
eine B  
Weise  
erhoben  
Unbes  
  
Wi  
ates e  
des T  
im Auf  
räuden  
teilung  
Die T  
Bundes  
können.  
  
De  
im Bu  
ihen K  
selassi  
best w  
essflücht  
über  
  
Dor  
Vang  
derde B  
von me  
Verhan  
  
Hans  
Präfekt  
Belgrad  
Bratislava